

Gottesdienst am 4. November 2018  
in der Evangelischen Kirchengemeinde Kirchentellinsfurt

**Predigt zu Römer 13,1-7**  
von Karl-Ulrich Gscheidle,  
Wirtschafts- und Sozialpfarrer, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Reutlingen

Liebe Gemeinde!

Im heutigen Predigtabschnitt aus dem Römerbrief erklärt Paulus den Christen in Rom seine Einstellung gegenüber dem römischen Staat. Er geht in aller Kürze ins Grundsätzliche. Paulus befürwortet die Bedeutung staatlicher Institutionen oder wie Luther übersetzt „der Obrigkeit“ für das Zusammenleben der Menschen. Das ist ein Ansatz, dem wir auch heute noch zustimmen können, wie ich finde.

Doch hören wir den Predigtabschnitt Römer 13,1-7 im Zusammenhang.

1 Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet.

2 Wer sich nun der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt der Anordnung Gottes; die ihr aber widerstreben, ziehen sich selbst das Urteil zu.

3 Denn vor denen, die Gewalt haben, muss man sich nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes; so wirst du Lob von ihr erhalten.

4 Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zugut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst: sie ist Gottes Dienerin und vollzieht das Strafgericht an dem, der Böses tut.

5 Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen.

6 Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht.

7 So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer dem die Steuer gebührt; Zoll dem, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.

Liebe Gemeinde!

Was wissen wir über die Beweggründe des Paulus? Paulus stellt sich mit seinem Römerbrief der christlichen Gemeinde in Rom als theologischer Lehrer und Apostel vor, weil er die römische Gemeinde vorhat zu besuchen. Er will von der Hauptstadt Rom aus demnächst seine neue Missionstätigkeit in den westlichen Mittelmeerraum aufbauen. Er muss sich daher im Vorfeld vorstellen, sein christliches Selbstverständnis im Verhältnis zum römischen Staat erläutern. Und auch die christliche Gemeinde in Rom muss wissen, wer da zu ihnen kommt, ob sie sich möglicherweise Schwierigkeiten mit ihm einhandeln oder nicht?

Sie dürften erleichtert gewesen sein von Paulus zu hören: Alle Bürger müssen sich dem Staat und seinen Behörden und Amtsträgern unterordnen. Diese Unterordnung gilt auch für Christen.

Aber Paulus geht noch weiter, wenn er sagt: Es gibt keine staatliche Rechtsordnung, die nicht von Gott eingesetzt wäre. Das gilt für alle staatlichen Behörden und Obrigkeiten. Da stellen sich eine Menge an Fragen!

Gab es im römischen Staat nicht jede Menge Unrecht, Gewalt und Ausbeutung? War nicht gerade Jesus auf Anweisung des römischen Beamten Pontius Pilatus gekreuzigt worden?

Wie konnte Paulus in seinem Brief eine solche positive Einstellung zum römischen Staatswesen vertreten? War Paulus nicht auch selbst wegen seiner Missionstätigkeit von Amtsträgern des Imperium Romanum mehrfach verhaftet und ins Gefängnis gesteckt worden? Und hat Paulus nicht schließlich selbst den Märtyrertod durch römische Staatsräson erlitten?

Wir fragen heute zu Recht: Sollen die unterschiedlichsten Staatsformen, von Monarchien, Oligarchien und Diktaturen bis hin zu Demokratien in gleicher Weise von Gott bevollmächtigt sein? Uns fallen dazu nicht nur die römischen Kaiser Augustus und Nero ein, sondern auch Napoleon, Robespierre, Stalin und Hitler.

Diesen Sachverhalten wollen wir nachgehen.

Wie kommt Paulus zu seinem Urteil?

Paulus konnte seine Missionstätigkeit im römischen Reich als römischer Staatsbürger tun.

In Korinth, von wo Paulus seinen Römerbrief geschrieben hat, hat ihn beispielsweise der römische Prokonsul Gallio gegen Anschuldigungen aus der jüdischen Bevölkerung in Schutz genommen.

Und als Paulus in Jerusalem ein Fehlurteil des römischen Statthalters Festus auf sich zukommen sah, hat er als römischer Staatsbürger einen Prozess in der Hauptstadt Rom verlangt und zugestanden bekommen.

Wir wissen: Es gab im römischen Reich überwiegend eine tolerante Religionsfreiheit für Juden und auch für die als jüdische Sekte angesehenen Christen. Es gab, neben der Verehrung römischer Gottheiten in staatlichen Tempeln, im römischen Reich eine Vielzahl von tolerierten anderen religiösen Kulturen und Gemeinschaften.

So wurden auch die christlichen Gemeinden im römischen Reich in der Anfangszeit des Kaisers Nero, als Paulus seinen Römerbrief geschrieben hat, toleriert.

Erst später Anfang der 60er Jahre hat Nero die Christen in Rom für einen großen Stadtbrand verantwortlich gemacht und sie verfolgen lassen.

Neben den negativen Ausprägungen der römischen Staatspraxis, den Übergriffen, der Gewalt und Korruption gab es auch vieles im Römischen Staat, das gut organisiert war, von einer Rechtsordnung mit Gesetzen und Gerichten, über einen Verwaltungsapparat, der Rechtssicherheit und Infrastrukturen ermöglichte, von öffentlichen Theatern, Bädern und gepflasterten Straßen bis hin zu gesicherten Handelswegen und Grenzen.

Kurz zusammengefasst kann man sagen: Der römische Staat hat seinen Staatsbürgern weitgehend Rechtssicherheit und eine insgesamt gute Verwaltungsinfrastruktur geboten. In dieses Staatswesen hat Paulus sich als römischer Staatsbürger mit seinem christlichen Glauben und seiner Missionstätigkeit eingefügt und untergeordnet.

Und diese Überzeugung hat er mit seinen Glaubensbrüdern und Glaubensschwestern geteilt. Die christlichen Gemeinden waren keine Versammlungsorte des politischen Aufbruchs.

Deshalb kann Paulus in seinem Brief auch schreiben: Vor denen, die Gewalt haben, muss man sich nicht fürchten wegen guter Werke, sondern wegen böser Werke.

Christen haben praktische Nächstenliebe geübt und wollten in der Nachfolge Jesu Frieden mit allen, auch mit dem römischen Staat. Sie haben ihre Abgaben und Zölle ordnungsgemäß bezahlt, getreu den Worten Jesu, die wir in der Schriftlesung gehört haben, gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist.

Dass auch staatliche Gesetze böse und gemeinschaftsschädlich sein können, hat Paulus in diesem Brief nicht in Erwägung gezogen. Wichtig ist ihm vielmehr das vorbildliche Verhalten der Christen als Staatsbürger. Paulus hat die römische Verwaltungspolitik in positiver Ausprägung im Sinn. Er macht die Erfahrung: Wer Gutes tut, wird gelobt. Das ist seine Erfahrung der Ehrungen für römische Bürger, die sich durch Stiftungen und gute Taten für das Gemeinwohl hervortun.

Für Paulus gibt es als Theologe keinen Lebensbereich, der nicht von Gottes Lebensordnung geprägt und zumindest indirekt geordnet wird. So hat auch die staatliche Gewalt für Paulus die beiden Aufgaben, im Sinne Gottes einerseits, das Gute zu fördern, und andererseits, dem Bösen zu wehren. Christliche Sozialethik mahnt auch heute, dass die staatliche Gewalt nach Recht und Gerechtigkeit zu verfahren hat, denn im öffentlichen Leben braucht es Institutionen, die das Zusammenleben der Gemeinschaft regeln: Das Gute fördern und dem Bösen wehren.

Insofern ist es für christliche Sozialethik von Paulus bis heute nur logisch, dass der Staat prinzipiell das Gewaltmonopol für sich beanspruchen darf.

Den Christen in Rom schreibt er: Vergeltet niemand Böses mit Bösem. Seid auf Gutes bedacht gegenüber jedermann. Ist's möglich, soviel an euch liegt, so habt mit allen Menschen Frieden. Rächt euch nicht selbst, meine Lieben, sondern gebt Raum dem Zorn Gottes; denn es steht ge-

schrieben: Die Rache ist mein; ich will vergelten, spricht der Herr. Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem. So direkt vor unserem Predigtabschnitt in Römer 12.

Christliche Sozialethik sagt: Das alles kann man vernünftigerweise nur wagen, wenn es staatliche Institutionen gibt, die dafür sorgen, dass die böse Tat ermittelt und aufgedeckt und nach Recht und Ordnung auch bestraft wird.

Man kann sogar sagen: Ein funktionierender Rechtsstaat ist eine Institution im Sinne göttlicher Gerechtigkeit. Auch und gerade, wenn in den rechtsstaatlichen Demokratien heute die Gerichtsurteile im Namen des Volkes ausgesprochen werden. Es ist für mich keine Frage, dass sich Gott in seinem Bestreben, Recht und Gerechtigkeit durchzusetzen, zu jeder Zeit Menschen und Institutionen bedient.

Ist es nicht klar von Vorteil für die Menschen und für das Gemeinwohl, wenn sie sich einer staatlichen Rechtsordnung unterordnen? Und nicht nur, weil durch staatliche Regularien dem Bösen gewehrt wird, sondern auch dem Guten und dem Gemeinwohl gedient wird. Durch staatliche Institutionen, bis hin zum modernen Sozialstaat.

Ein Argument des Paulus sticht für mich besonders: Diese Unterordnung unter ein staatliches Gefüge geschieht nicht allein aus Furcht vor Strafe, sondern aus der inneren Überzeugung des Gewissens.

Das ethisch und theologisch Überzeugende dabei ist: Die Anerkennung der staatlichen Ordnung ist für den einzelnen vor allem ein Gebot der Einsicht und weniger ein Gebot der Furcht. Und damit seiner Selbstbestimmung und Freiheit.

Dieser Einsicht des Paulus kann und will ich zustimmen: Menschliche Gemeinschaft braucht eine übergeordnete staatliche Struktur. Es ist theologisch gut begründet, wenn Christen überall auf der Welt und zu allen Zeiten seine Empfehlung aufnehmen und staatliche Institutionen als Gabe Gottes begreifen.

Es spricht auch vieles dafür, dass die christliche Nächstenliebe als freier Ausdruck des Glaubenslebens einen staatlichen Rechtsrahmen braucht, der dem Bösen wehrt und das Gute befördert. Auch wenn nach unserem demokratischen Staatsverständnis alle Gewalt vom Volk ausgeht, so bleibt diese Gewalt doch an Recht und Gerechtigkeit gebunden.

Das ist eine Ordnung des Rechts, der Verfassung und der staatsbürgerlichen Selbstbestimmung und Freiheit, die nicht nur äußere Loyalität fordert, sondern eine innere Einsicht und innere Loyalität der Staatsbürger. Das heißt, auch der weltanschaulich und religiös neutrale Staat des Grundgesetzes lebt von Voraussetzungen, dem Engagement und der inneren Einsicht und Loyalität der Bürger, auch und gerade der religiösen Bürger und ihrer Gemeinden und religiösen Gemeinschaften.

Und dazu gehören Christinnen und Christen, die ihre Religion nicht nur als Privatsache verstehen, sondern sich mit Wort und Tat im öffentlichen und politischen Leben einbringen, mit ihrem Glauben, ihrer Nächstenliebe und ihrer Hochachtung vor dem biblischen Gebot, sich nach Recht und Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu verhalten, auch gegenüber der Obrigkeit.

Das grundsätzliche Ja der Christen zu staatlichen Strukturen bleibt für mich an die Bedingung geknüpft, dass die staatlichen Strukturen den Menschen und dem Gemeinwohl dienen.

Mit diesem Ja verbindet sich für mich eine große Souveränität und innere Freiheit, zu der der christliche Glaube befähigt. Christliche Freiheit bewirkt nicht, ein sich Loslösen von Bindungen, sondern vielmehr ein bewusstes und frei gewähltes sich Binden und Verpflichten für ein Gemeinschaftsleben als Christ und Staatsbürger.

Damit es ein demokratisches und rechtsstaatliches Gemeinschaftsleben sein kann, wofür sich Christen in unterschiedlichen Parteien, Gewerkschaften und anderen Initiativen und Vereinen bekanntlich auch engagieren, darf es kein selbstzufriedenes Zuschauen geben, sondern ein beherztes christliches Mitmachen.

Aus Römer 13 kann kein blinder Untertanengeist gefolgert werden, sondern eine bewusste Einordnung und Zustimmung für staatliche Institutionen, für ein aktives und kritisches Engagement, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Christen als Staatsbürger.

Gut ist dabei nicht automatisch das, was dem Staat und den Behörden dient, sondern was den Menschen, dem Gemeinwohl und der politischen Gestaltung und Verbesserung des staatlichen Handelns dient.

Paulus hat hier keine christliche Staatslehre im Miniaturformat geschrieben. Es fehlt manches. Er sagt nichts über den Missbrauch, über staatliche Willkür, Verbrechen, Unrecht und Ungerechtigkeit, im Namen Gottes, des Staates oder des Volkes. Er sagt nichts über die Verfehlungen von Amtsträgern, über Rechtsbeugung, Bestechlichkeit und Korruption. Das alles gibt es leider. Es gab und gibt Böses. Nicht jedem, dem ein Amt gegeben ist, ist auch automatisch die innere Bindung an Recht und Gerechtigkeit mitgegeben. Aber Paulus hat bleibende Akzente gegeben für ein Leben als Christ und Staatsbürger.

Paulus war ein Mensch seiner Zeit. Vieles hat sich verändert und verbessert, Gott sei Dank! Die Gewaltenteilung war vor 200 Jahren ein guter Entwicklungsschub für einen besseren Staat, wenn die gesetzgebende Gewalt, die Gesetze ausführende und die Gesetze überprüfende Gewalt unabhängig voneinander handeln. Es müsste noch vieles ergänzt werden.

Zu den Steuern, Abgaben und Zöllen noch ein Wort. Paulus hat sich für die Bereitschaft der Christen ausgesprochen, auch die Steuern, Abgaben und Zölle korrekt zu bezahlen. Das ist eine vorbildliche Haltung. Es steht uns Christen gut an, unsere Abgabepflichten gegenüber dem Staat zu erfüllen, auch weil der Staat damit seine Aufgaben für das Gemeinwohl erfüllen kann. Sogenannte cum-cum-Geschäfte oder cum-ex-Geschäfte, wie auch immer solche Modelle des Steuerbetrugs auch heißen mögen, solche kriminellen Praktiken müssen für Christen tabu sein.

Der Schluss des Abschnitts verleiht den Ermahnungen des Paulus nochmals diese innere Souveränität als Ausdruck der Glaubensfreiheit und sozialen Bindungsfähigkeit der christlichen Religion und bleibt in seiner ethischen Grundhaltung vorbildlich: Gebt allen, was ihnen zukommt. Steuern und Zölle der Obrigkeit, die gläubige Ehrfurcht aber Gott.

Amen.